

Unternehmensgewinne hui, Aktienkurse pfui

Guten Tag sehr verehrte Leserinnen und Leser,

die Dividendensaison 2022 ist abgeschlossen. Noch nie haben deutsche Aktiengesellschaften mehr Dividenden ausgeschüttet, als in diesem Jahr. Der Dax honoriert das leider nicht. Er notiert gegenwärtig 18 Prozent unter seinem Stand vom Jahreswechsel (13.050 zu 15.885). Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs ist an den Kapitalmärkten offensichtlich nichts mehr planbar. Die Umlaufrendite schnellte zwischenzeitlich von minus 0,5 Prozent vor einem Jahr auf 1,5 Prozent in die Höhe. Die Inflation verzeichnet mit 8 bis 9 Prozent einen Schub wie zu Zeiten der ersten Ölkrise 1973. Streifte der Wert eines Bitcoins letztes Jahr im November noch die 60.000 EUR-Marke, so hat sich sein Kurs bis dato gedrittelt und notiert heute unter 20.000 EUR. Den Spekulanten scheint bewusst geworden zu sein, dass der Bitcoin einem Schneeballsystem gleicht. Realer Handel wird mit ihm kaum betrieben. Alles verliert an Wert: Anleihen, Kryptos, Aktien, ja sogar Immobilien. Bauzinsen sind für 10jährige Sollzinsbindung von 1 % im Dezember auf 3 % gestiegen. Russische Aktien sind nicht mehr handelbar, chinesische staatlich überreguliert und für westliche Investoren zu Hochrisikoanlagen mutiert.

Alles wird mit dem sogenannten „Angriffskrieg“ Russlands auf die Ukraine begründet. Oder handelt es sich vielleicht doch nur um einen Präventivkrieg gegen die Nato-Osterweiterung? Zum Leidwesen der Ukraine? Schloss nicht der Geist des Zwei-Plus-Vier-Vertrags eine Ausdehnung der Nato über die Elbe hinweg Richtung Osten aus, wie es ein vom Spiegel am 18. Februar veröffentlichtes Geheimpapier beweist? Wenn es so ist, wurde dann der Ukraine-Krieg nicht erst von der Nato und somit federführend den USA provoziert?

Nahostexperten seien sich dessen sicher. Wenn es so ist, dann erklärt das, warum, statt diplomatische Verhandlungen zu führen, Waffen geliefert werden und mehr und mehr Öl ins Feuer gegossen wird. Von unseren Politikern werden wir bereits auf einen kräftezehrenden, langen Krieg mit menschlichem Leid und fatalen wirtschaftlichen Folgen eingestimmt. Der Bundesfinanzminister Christian Lindner orakelt bereits von „... drei bis vier, vielleicht fünf Jahren der Knappheit ... Es besteht die Gefahr einer sehr ernst zu nehmenden Wirtschaftskrise aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise, aufgrund der Lieferkettenprobleme, aufgrund auch der Inflation – meine Sorge ist, dass wir in einigen Wochen und Monaten eine sehr besorgniserregende Situation haben könnten.“ Recht hat er behalten, aber das Ende der Fahnenstange ist noch nicht in Sicht.

Bundeswirtschafts- und Umweltminister Robert Habeck ruft die zweite Stufe des Notfallplans Gas aus und warnt davor, dass „es im Winter wirklich eng werden könnte“, falls jetzt nicht die richtigen Maßnahmen eingeleitet würden. Trotz allen Unwägbarkeiten sollen die drei verbliebenen deutschen Atomkraftwerke aber auf jeden Fall Ende dieses Jahres vom Netz gehen. Das sieht zusammengefasst mit der Corona-„Pandemie“ alles nach dem Plan zur Neuen Weltordnung, dem Great Reset, aus. „2030 werden Sie nichts mehr besitzen und glücklich sein“, so Klaus Schwab, der Gründer des mächtigen World Economic Forums (WEF, Davos). Mitglieder sind Großunternehmen, die Mitgliedsbeiträge von 60.000 bis 600.000 Schweizer Franken p. a. entrichten. Seit 1992 bildet das WEF jährlich gut 100 „Turbo-Talente“ im sogenannten Young Global Leader-Programm fünf Jahre lang aus, die in Wirtschaft und Politik Schlüsselpositionen einnehmen sollen; eine eingeschworene Gemeinschaft, die ihre eigenen Pläne verfolgt. Prominente Young Global Leader (YGL) Persönlichkeiten

waren und sind: Angela Merkel, Jose Manuel Barroso (ex EU Kommissionschef), Tony Blair (ex Premier GB), Nicolas Sarkozy (ex franz. Regierungschef), alle ab der ersten Runde 1992. Jens Spahn wurde 2017 aufgenommen, Annalena Bärbock ist ebenfalls YGL-Mitglied sowie Kanadas Ministerpräsident Justin Trudeau und die Neuseeländische Ministerpräsidentin Jacinda Ardern u. v. m.

Rückblick

Am Jahresanfang war die Börsenwelt noch in Ordnung. Die Aktien setzten ihren Aufwärtstrend fort. Ende Januar elektrisiert die Meldung, dass die deutschen Erdgasspeicher ungewöhnlich leer seien und wir nur unbeschadet über den Winter kommen werden, wenn dieser mild bliebe. Seit Januar muss der Strom von drei am Jahresende 2021 abgeschalteten Atomkraftwerken anderweitig erzeugt werden. Gaskraftwerke springen ein und zehren an den Gasreserven. Die Strompreise steigen. Das sieht die Industrie nicht gern und Börsianer befürchten geringere Unternehmensgewinne. Die Aktienkurse brechen ein. Die Hälfte des Indexverlustes wird schnell wieder gut gemacht. Dann sickern Informationen durch, dass in Verhandlungen um die Ukrainekrise die Nato einen Vorschlag Russlands für 'dauerhaften Frieden' in Europa, abgelehnt hat. Jeder am Frieden ernsthaft interessierte Europäer hätte diesem Vorschlag unumwunden zugestimmt. Jeder kann ihn im Internet lesen. Er wurde tausendfach geteilt. Aber die USA pflegen offensichtlich andere Interessen und wollen einen Konflikt auf dem Rücken des ukrainischen Volkes austragen - in Europa und natürlich nicht auf ihrem Kontinent.

Am 24. Februar beginnt Russland mit einer Offensive und zerstört als erstes 30 von den USA betriebene oder unterstützte Biowaffenlabore, die gegen Russland gerichtet sind. Die Verwüstung der Ukraine wird von den NATO-Staaten billigend in Kauf genommen und statt die

Verhandlungen wieder aufzunehmen – die Türkei bot sich als Vermittler an – werden Waffen geliefert.

Die Situation

Außenministerin Annalena Bärbock kündigte jüngst auf einer Podiumsdiskussion in Prag an, die Unterstützung für die im Krieg mit der Russischen Föderation befindlichen Ukraine weiterhin fortzuführen – unabhängig davon, wie lange der Krieg noch andauere und „egal, was meine deutschen Wähler denken“. Bärbocks Worte kommen einer Kriegserklärung an Russland gleich. Vergessen zu haben scheint sie, welchem Souverän sie verpflichtet ist. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen, nämlich 87 %, sprechen sich für Gespräche mit Russland aus, 77 % für Friedensverhandlungen und 62 % gegen weitere Waffenlieferungen.

Vor diesem Hintergrund wird befürchtet, dass Russland Deutschland das Gas ganz abdrehen wird; eine logische Konsequenz, die keiner weiteren Erklärung bedarf. Leidtragende sind schon heute neben der ukrainischen Bevölkerung die Verbraucher, die um das geringe Angebot an Gas und Strom kämpfen und im Ansatz bereits die Preiserhöhungen zu spüren bekommen. Sobald ihre Lieferverträge erneuert werden müssen, kommt der Hammer: Der Nettostrompreis hat sich zum Beispiel an der Leipziger Strombörse seit Jahresbeginn verdoppelt!

Die Großindustrie betreibt in der Regel eigene Kraftwerke und hat nur die gestiegenen Primärenergiekosten zu schultern und steht besser da, sofern sie nicht zu sehr auf Gas gesetzt hat. Die Mittelständische Industrie und Kleinunternehmer sind den Preissteigerungen schutzlos ausgeliefert. Die Pleitewelle rollt bereits.

Die Chemieindustrie benötigt grundsätzlich viel Gas. Das größte Chemieunternehmen der Welt BASF ließ verkünden, dass es die Produktion Gas intensiver Produkte an ausländische Standorte verlagern werde. Infolge von Preiserhöhungen verdiene man gegenwärtig prächtig und deutlich mehr als im bereits außerordentlich ertragreichen Jahr 2021. Durch die Bank verzeichnen die Global Player dank gestiegener Erzeugerpreise hohe Gewinne. 2022 wird aller Voraussicht nach noch besser als 2021! Im allgemeinen sind die Erzeugerpreise in einem Jahr um 37,2 Prozent

Börsendienst von Kaiser-Invest

Sonntag, 4.09.2022

gestiegen, im letzten Monat allein um 5,5 Prozent.

Ausblick

Die Börsen befinden sich im Bann des Ukrainekrieges. Alles hängt am seidenen Faden der Politik, eine Politik, die von der Grünenfraktion dominiert wird. 6,8 Millionen Wähler haben 2021 die Grünen in den Bundestag gewählt. Ihre Politik wird mehr als 80 Millionen Bürgern aufgezungen. 87 % der Bürger fordern unsere Regierung auf, mit Russland Gespräche zu führen. Das wäre ein guter Anfang, um zur Mäßigung der Lage beizutragen. SPD und FDP könnten die ruinösen Pläne unserer Außenministerin und unseres Umwelt- und Wirtschaftsministers stoppen. Tun sie es nicht, werden wir noch die Umsetzung des 1944 entworfenen Morgenthau-Plans erleben. Die Erfolgsgeschichte des Marshallplans würde damit negiert werden.

Weiteres Ungemach droht von den Corona-„Impfungen“. Studien fördern erschütternde Zahlen von Impfnebenwirkungen zutage. Besonders Langzeitnebenwirkungen sind zu befürchten. So titelte bereits der Wochenblick Österreich im März „Schockzahlen aus Neuseeland zeigen: Impf-Aids-Pandemie steht bevor“. Bereits bei zweifach Geimpften soll das Immunsystem durch die Impfungen so sehr geschwächt sein, dass selbst sonst harmlose Krankheiten zum Problem werden können. Die Impfbereitschaft in der Bevölkerung ist demzufolge auf fast Null gesunken. Trotzdem bestellt unser Gesundheitsminister weitere zig Millionen Impfdosen und belastet die Staatskasse. Die Pharmaindustrie hingegen macht Milliardenengeschäfte mit unseren Steuergeldern, Geld, das den Bürgern in naher Zukunft zusätzlich aus der Tasche gezogen werden wird.

Analyse und Empfehlung

Was bedeutet das für den Aktienmarkt? Im derzeitigen Umfeld hält sich die Mehrheit der Börsianer mit Käufen zurück.

Verkäufer treffen auf geringe Nachfrage, was die Kurse drückt. Auch noch so gute Fundamentaldaten finden kaum bis keine Berücksichtigung. Weltweit agierende Konzerne werden Produktionen verlagern. Mehrkosten können auf die Produkte umgelegt werden und steigern die Gewinne. Unternehmen, die das nicht können, werden Konkurs anmelden. „Des einen Leid ist des anderen Freud“. Bei den Unternehmen schlägt die Waagschale überwiegend zu „Freud“ um. Leidtragende sind besonders die Verbraucher, denen das Geld aus der Taschen gezogen wird. Nur der, der an erfolgreichen Unternehmen beteiligt ist, wird mit Dividenden die andere Tasche wieder gefüllt kriegen.

Eine alte Börsenweisheiten sagt

„Politische Börsen haben kurze Beine“

Hoffen wir darauf, dass sich diese alte Weisheit auch diesmal wieder bewahren wird. Auch wenn es etwas länger dauern kann. Solche Phasen muss man aussitzen. Sorgen muss sich nur, wer Aktien auf Kredit im Depot hat. Kreditzinsen nagen an der Substanz.

Ihr Harald Kaiser

Für mehr Informationen siehe Homepage: Internetadresse im Impressum. Gewinne in der Vergangenheit sind keine Gewähr für zukünftige Erträge.

Impressum:

Herausgeber und Druck Dr. Harald Kaiser,
Kaiser-Invest, Uranusweg 3, 45770 Marl
Tel. 02365 6979373.

Homepage www.honorarberatung-drkaiser.de
Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten, Nachdruck nur nach Einwilligung des Herausgebers. Alle Angaben ohne Gewähr.